

Für die Anwerbung von Einsatzpersonal ist ein Personalplan nötig. Die Erstellung des Personalplans gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 2014 wird jedoch für viele Zonen kurzfristig schwer ausführbar sein, da bestimmte Instrumente hierfür noch nicht ausreichend ausgearbeitet sind oder gar nicht existieren. Ich denke dabei an das mehrjährige allgemeine Richtlinienprogramm der Zone, in dem das Dienstleistungsniveau, die Arbeitszeitregelungen für Berufsfeuerwehrleute beziehungsweise die Dienstzeitregelungen für freiwillige Feuerwehrleute festgelegt werden.

2. Timing des ersten Personalplans und Arbeitsweise in Erwartung des ersten Personalplans

Daher habe ich die Absicht, Artikel 223 des Gesetzes vom 15. Mai 2007 abzuändern und den Zonen Zeit zu geben, den Personalplan bis zum Ende des zwölften Monats (anstelle des sechsten Monats) nach Einsetzung des Zonenrates zu erstellen.

In Ergänzung zu dieser Abänderung habe ich beschlossen, folgende Arbeitsweise für die Anwerbung, Beförderung, Mobilität und Professionalisierung von Einsatzpersonal anzuwenden:

In den ersten sechs Monaten nach Einsetzung des Zonenrates reicht ein mit Gründen versehener Beschluss des Zonenrates für die Anwerbung, Beförderung, Mobilität und Professionalisierung des Einsatzpersonals.

In den folgenden sechs Monaten muss sich der mit Gründen versehene Beschluss des Zonenrates auf einen vorläufigen Personalplan stützen, der aus einer "Momentaufnahme" des bestehenden Stellenplans der Zone, ergänzt durch den dringendsten Personalbedarf, besteht.

Selbstverständlich stellen diese Anweisungen kein Hindernis für die Zonen dar, die schon bereit wären, einen ersten Personalplan gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 2014 zu erstellen.

3. Genehmigungsaufsicht über den ersten Personalplan

Die durch das Gesetz vom 15. Mai 2007 organisierte Genehmigungsaufsicht über den Personalplan des Einsatzpersonals wird über den ersten Personalplan ausgeübt, der gemäß den Bestimmungen des Gesetzes und des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 2014 zur Bestimmung der Kriterien zur Festlegung des Personalplans des Einsatzpersonals der Zonen vom Rat festgelegt worden ist.

4. Konzertierung mit den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen

Ich möchte hier auch an die Verpflichtungen erinnern, die sich aus der Anwendung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen (1), ergeben, nämlich die Verpflichtung, sich mit den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen über den Personalplan zu konzertieren.

5. Spätere Änderungen

Nach Festlegung des ersten Personalplans kann dieser - nach demselben im Gesetz festgelegten Verfahren - entsprechend den eventuell geänderten Bedürfnissen und Umständen in der Zone angepasst werden.

Auf jeden Fall muss bei der Erstellung eines neuen mehrjährigen allgemeinen Richtlinienprogramms geprüft werden, ob der Personalplan angepasst werden muss.

Der Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Fußnote

(1) Artikel 11 § 1 Nr. 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2015/00722]

8 MAI 2015. — Circulaire relative à la fiche de signalement des mineurs étrangers non accompagnés et à leur prise en charge. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire du Vice-Premier Ministre et Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur, du Ministre de la Justice et du Secrétaire d'Etat à l'Asile et la Migration du 8 mai 2015 relative à la fiche de signalement des mineurs étrangers non accompagnés et à leur prise en charge (*Moniteur belge* du 20 mai 2015).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2015/00722]

8 MEI 2015. — Omzendbrief betreffende de signalementfiche van de niet-begeleide minderjarige vreemdelingen en hun tenlasteneming. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief van de Vice-Eerste Minister en Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken, de Minister van Justitie en de Staatssecretaris voor Asiel en Migratie van 8 mei 2015 betreffende de signalementfiche van de niet-begeleide minderjarige vreemdelingen en hun tenlasteneming (*Belgisch Staatsblad* van 20 mei 2015).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2015/00722]

8. MAI 2015 — Rundschreiben über das Formblatt zur Meldung unbegleiteter minderjähriger Ausländer und über die Übernahme ihrer Obhut — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens des Vizepremierministers und Ministers der Sicherheit und des Innern, des Ministers der Justiz und des Staatssekretärs für Asyl und Migration vom 8. Mai 2015 über das Formblatt zur Meldung unbegleiteter minderjähriger Ausländer und über die Übernahme ihrer Obhut.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**8. MAI 2015 — Rundschreiben über das Formblatt zur Meldung
unbegleiteter minderjähriger Ausländer und über die Übernahme ihrer Obhut**

Vorliegendes Rundschreiben zielt darauf ab:

1. die Begriffsbestimmung des unbegleiteten minderjährigen Ausländers (UMA) zu erläutern.

Der Begriff "UMA" wird an den Begriff angepasst, der im Gesetz vom 12. Mai 2014 zur Abänderung von Titel XIII Kapitel 6 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, was die Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer betrifft, erwähnt ist, da durch dieses Gesetz der Anwendungsbereich der Vormundschaft über Minderjährige aus einem Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz, die schutzbedürftig sind oder einen vorläufigen Aufenthaltsschein auf der Grundlage von Artikel 61/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern beantragt haben, erweitert wird,

2. die Rundschreiben vom 19., 23. und 30. April 2004 und 2. August 2007 aufzuheben.

Durch vorliegendes Rundschreiben werden am Datum der Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* folgende Rundschreiben aufgehoben:

- Rundschreiben vom 19. April 2004 über die Übernahme der Obhut durch den Vormundschaftsdienst und die Identifizierung unbegleiteter minderjähriger Ausländer,
- Rundschreiben vom 23. April 2004 über die Karte "Unbegleiteter minderjähriger Ausländer",
- Rundschreiben vom 30. April 2004 über die Zusammenarbeit zwischen dem Ausländeramt und den Gemeindeverwaltungen in Bezug auf den Aufenthalt von unbegleiteten minderjährigen Ausländern,
- Rundschreiben vom 2. August 2007 über schutzbedürftige unbegleitete europäische Minderjährige,

3. ein einziges Formblatt zur Meldung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) festzulegen, das die durch die Rundschreiben vom 19. und 23. April 2004 und 2. August 2007 eingeführten drei Formblätter ersetzt,

4. an die Zusammenarbeit zwischen den Polizeidiensten, den Gemeindeverwaltungen, dem Vormundschaftsdienst und dem Ausländeramt im Rahmen der Meldung, der Identifizierung und der Übernahme der Obhut durch die zuständigen Behörden zu erinnern.

I. Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich

Unbegleiteter minderjähriger Ausländer:

- Wer dem Anschein nach jünger als achtzehn Jahre ist oder erklärt, jünger als achtzehn Jahre zu sein und der:
 - nicht von einer Person begleitet wird, die die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft über sie ausübt (auf der Grundlage von Artikel 35 des belgischen Gesetzbuches über das internationale Privatrecht) und
 - Staatsangehöriger eines Staates ist, der nicht Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist,
- und sich in einer der folgenden Situationen befindet:
- entweder einen Asylantrag eingereicht haben
 - oder die Bedingungen in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet und den Aufenthalt, die in den Gesetzen über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern bestimmt sind, nicht erfüllen,

sowie:

wer noch keine achtzehn Jahre alt ist und:

- Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz ist,
 - nicht von einer Person begleitet wird, die die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft über sie ausübt (auf der Grundlage von Artikel 35 des belgischen Gesetzbuches über das internationale Privatrecht),
 - nicht im Besitz eines legalisierten Dokuments ist, aus dem hervorgeht, dass die Person, die die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft ausübt, die Erlaubnis erteilt hat, nach Belgien zu reisen und sich dort aufzuhalten,
 - nicht im Bevölkerungsregister eingetragen ist
- und sich in einer der folgenden Situationen befindet:
- entweder einen vorläufigen Aufenthaltsschein aufgrund von Artikel 61/2 § 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern beantragt haben
 - oder schutzbedürftig sein.

Formblatt UMA: Formblatt, das es ermöglicht, dem Vormundschaftsdienst und dem Ausländeramt sofort die Anwesenheit - auf dem Staatsgebiet oder an der Grenze - eines UMA zu melden.

Ausländeramt: Behörde, die mit der Anwendung des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern und seines Königlichen Ausführungserlasses vom 8. Oktober 1981 sowie der Übereinkommen beauftragt ist.

Vormundschaftsdienst: Dienst, der aufgrund von Artikel 3 § 1 von Titel XIII Kapitel 6 - "Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer" - des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002 mit der Organisation einer spezifischen Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Ausländer beauftragt ist.

II. Meldung eines Minderjährigen

Die Polizeidienste und Gemeindeverwaltungen werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass der Vormundschaftsdienst und das Ausländeramt von der Anwesenheit eines UMA durch die Übermittlung des Formblatts UMA in Kenntnis gesetzt werden. Dieses Formblatt liegt vorliegendem Rundschreiben als Anlage bei.

Eine Kopie der Identitäts- und/oder Aufenthaltsdokumente muss ebenfalls zusammen mit diesem Formblatt übermittelt werden. Dieses Formblatt ermöglicht dem Vormundschaftsdienst, diesen UMA in seine Obhut zu nehmen, und dem Ausländeramt, seine Befugnisse im Bereich Asyl, Einreise ins Staatsgebiet, Aufenthalt und Entfernung von Ausländern auszuüben.

Der Vormundschaftsdienst nimmt diesen UMA in seine Obhut und nimmt Kontakt mit den zuständigen Behörden im Hinblick auf die Unterbringung des UMA auf. Falls nötig übermittelt der Vormundschaftsdienst der Behörde, die die Meldung vorgenommen hat, eine schriftliche Erklärung über die Übernahme der Obhut mit der vermuteten Identität des UMA und den ihn betreffenden Angaben, über die der Vormundschaftsdienst verfügt.

Sobald die Büros geöffnet sind, wird der Vormundschaftsdienst ferner die Identifizierung des UMA vornehmen, seine Erklärungen in Bezug auf seinen Namen, seine Staatsangehörigkeit und sein Alter überprüfen und kontrollieren, ob es sich tatsächlich um einen UMA handelt.

Wenn die Person minderjährig ist und alle Bedingungen der Begriffsbestimmung eines UMA erfüllt, bestellt der Vormundschaftsdienst einen Vormund.

III. Zusammenarbeit zwischen den Gemeindeverwaltungen, den Polizeidiensten, dem Ausländeramt und dem Vormundschaftsdienst

Wenn ein nicht visumpflichtiger UMA sich länger als drei Monate im Königreich aufhält, oder wenn ein visumpflichtiger UMA sich länger im Königreich aufhält, als im Visum oder in der gleichwertigen Erlaubnis festgelegt, das beziehungsweise die auf seinem Pass oder auf einem gleichwertigen Reiseschein angebracht worden ist, die Ankunftsbescheinigung, die ihm ausgestellt wurde, nicht verlängert worden ist und die Gültigkeitsdauer dieses Visums oder der Ankunftsbescheinigung abgelaufen ist, werden die Gemeindeverwaltungen in Anwendung von Artikel 6 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern ersucht, den Polizeidienst eine Überprüfung des tatsächlichen Wohnortes vornehmen zu lassen, um zu prüfen, ob der UMA sich immer noch auf dem Staatsgebiet befindet. Ist das Ergebnis dieser Überprüfung positiv, das heißt, der UMA wohnt tatsächlich noch an der angegebenen Adresse, muss der Polizeidienst ein Formblatt UMA ausfüllen und dem Vormundschaftsdienst und dem Ausländeramt übermitteln.

Das Ausländeramt bleibt zuständig, um eine Entscheidung über die Einreise ins Staatsgebiet und den Aufenthalt von UMA zu treffen. In Anwendung von Artikel 16 von Titel XIII Kapitel 6 - "Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer" - des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002 wird die Gemeindeverwaltung ersucht, dem Vormund den Beschluss des Ministers oder seines Beauftragten zu notifizieren und gleichzeitig eine Kopie dieses Beschlusses an den Wohnort des Minderjährigen und den Vormundschaftsdienst zu schicken.

Das Ausländeramt setzt den Vormund davon in Kenntnis, dass er bei der Gemeindeverwaltung des Hauptwohnortes des Minderjährigen erscheinen muss, damit ihm der Beschluss in Bezug auf sein Mündel notifiziert werden kann. Der Vormund ist verpflichtet, jeder Aufforderung Folge zu leisten.

IV. Praktische Bestimmungen

In Ausführung der Artikel 5/6, 14 und 21 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt und von Artikel 6 § 1 von Titel XIII Kapitel 6 - "Vormundschaft über unbegleitete minderjährige Ausländer" - des Programmgesetzes vom 24. Dezember 2002, werden die Polizeidienste ersucht, ein Formblatt für unbegleitete minderjährige Ausländer auszufüllen, sobald sie einen unbegleiteten minderjährigen Ausländer aufgreifen oder erstmals Kontakt mit ihm haben.

Die Polizeidienste können ein Blankoformular des Formblatts UMA beim Büro C, beim Bereitschaftsdienst oder bei der Grenzinspektion des Ausländeramtes erhalten.

Sie werden darum gebeten, das Formblatt, dessen Muster beigefügt ist, sowie die Kopie der Identitäts- und/oder Aufenthaltsdokumente und das Foto des Betreffenden per E-Mail an folgende Dienste zu schicken:

1. Bereitschaftsdienst des Vormundschaftsdienstes:

Boulevard de Waterloo/Waterloolaan 115

1000 Brüssel

Tel.: 078/15.43.24

E-Mail: tutelles@just.fgov.be

Wenn es ein technisches Problem gibt, kann das Formblatt per Fax an die folgende Nummer geschickt werden: 02/542.70.83.

2. Ausländeramt:

Chaussée d'Anvers/Antwerpsesteenweg 59B

1000 Brüssel

E-Mail: minfiche@dofi.fgov.be

Wenn es ein technisches Problem gibt, kann das Formblatt per Fax an die folgende Nummer geschickt werden: 02/274.66.37.

Die Kontaktdaten des Dienstes Kontrolle der Gemeinden, des Büro C, des Bereitschaftsdienstes und des MINTEH-Dienstes sind nachstehend aufgeführt:

Für den Dienst Kontrolle der Gemeinden:

Tel.: 02/793.81.47 (FR) oder /60 (NL)

Fax: 02/274.66.59

Für das Büro C:

Tel.: 02/793.83.15

Fax: 02/274.66.11

Für den Bereitschaftsdienst:

Tel.: 02/793.83.50/55

Fax: 02/793.96.50

Für den Dienst MINTEH:

Tel.: 02/793.89.25 (FR) oder /31 (NL)

Fax: 02/274.66.57

Das Formblatt "Unbegleiteter minderjähriger Ausländer", das für den Vormundschaftsdienst und das Ausländeramt bestimmt ist, kann nach Stellungnahme des Ministers der Justiz oder seines ordnungsgemäß bestimmten Beauftragten durch Beschluss des Ministers, der für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständig ist, geändert werden. Dieser Beschluss tritt am Datum der Notifizierung an die zuständigen Behörden in Kraft.

Das Muster des Formblatts, das dem vorliegenden Rundschreiben als Anlage beigefügt ist, ersetzt das dem Rundschreiben vom 23. April 2004 als Anlage beigefügte Formblatt und ist auf der Website des Ausländeramtes zugänglich (www.dofi.fgov.be - Demander une protection - Mineur étranger non accompagné - Fiche de signalement) oder www.dofi.fgov.be - Een bescherming aanvragen - Niet begeleide minderjarige vreemdeling - signalementfiche).

V. Schlussbestimmungen

Vorliegendes Rundschreiben tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Brüssel, den 8. Mai 2015

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

Der Minister der Justiz

K. GEENS

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

Th. FRANCKEN

Anlage zum Rundschreiben vom 8. Mai 2015 über das Formblatt zur Meldung unbegleiteter minderjähriger Ausländer und über die Übernahme ihrer Obhut

[siehe *Belgisches Staatsblatt* vom 20. Mai 2015, Seiten 26892-26894]

SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2015/03466]

Service d'encadrement Expertise et Support stratégiques. — Abrogation de la directive "Épargne" - Avis aux agents payeurs et aux institutions financières belges

- Abrogation de la directive en matière de fiscalité des revenus de l'épargne 2003/48/CE.
- Application ou suspension de l'application des accords relatifs à la fiscalité des revenus de l'épargne conclus avec les territoires dépendants ou associés du Royaume-Uni et des Pays-Bas.
- Application aux Etats tiers (autres que les Etats membres de l'UE et les USA) de la loi réglant la communication des renseignements relatifs aux comptes financiers, par les institutions financières belges et le SPF Finances, dans le cadre d'un échange automatique de renseignements au niveau international et à des fins fiscales.

1. Abrogation de la directive 2003/48/CE sur la fiscalité de l'épargne, en phase avec la mise en œuvre de la directive 2014/107/UE relative à la coopération administrative dans le domaine de la fiscalité directe.

La directive (UE) 2015/2060 du Conseil du 10 novembre 2015 (Journal officiel de l'Union européenne L 301/1 du 18 novembre 2015) a abrogé la directive 2003/48/CE en matière de fiscalité des revenus de l'épargne sous forme de paiements d'intérêts, avec effet au 1^{er} janvier 2016. L'attention des opérateurs économiques et des agents payeurs est attirée sur les obligations décrites à l'article 1, 2^o de cette directive 2015/2060.

Les mesures de coopération prévues par la directive 2003/48/CE sont remplacées par la mise en œuvre de la directive 2014/107/UE du Conseil modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal, qui prévoit l'échange automatique d'informations relatives aux comptes financiers entre les Etats membres. Cette directive est transposée en droit belge par la "loi réglant la communication des renseignements relatifs aux comptes financiers, par les institutions financières belges et le SPF Finances, dans le cadre d'un échange automatique de renseignements au niveau international et à des fins fiscales", votée par le parlement belge le 10 décembre 2015.

2. Transition entre l'application des accords relatifs à la fiscalité des revenus de l'épargne conclus avec les territoires dépendants ou associés du Royaume-Uni et des Pays-Bas et l'application de la loi belge réglant la communication des renseignements relatifs aux comptes financiers.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C – 2015/03466]

Stafdienst voor Beleidsexpertise en Ondersteuning. — Opheffing van de "Spaarrichtlijn" - Bericht aan de uitbetalende instanties en aan de Belgische financiële instellingen

- Intrekking van de richtlijn 2003/48/EG betreffende belastingheffing op inkomsten uit spaargelden.
- Toepassing of opschorting van de toepassing van de akkoorden inzake belastingheffing op inkomsten uit spaargelden die werden gesloten met de afhankelijke of geassocieerde gebieden van het Verenigd Koninkrijk en Nederland.
- Toepassing op derde Staten (niet zijnde de lidstaten van de EU en de USA) van de wet tot regeling van de mededeling van inlichtingen betreffende financiële rekeningen door de Belgische financiële instellingen en de FOD Financiën in het kader van een automatische uitwisseling van inlichtingen op internationaal niveau en voor belastingdoeleinden.

1. Intrekking van de richtlijn 2003/48/EG betreffende belastingheffing op inkomsten uit spaargelden, in samenhang met de inwerkingstelling van richtlijn 2014/107/EU betreffende de administratieve samenwerking op het gebied van de directe belastingen.

Richtlijn (EU) 2015/2060 van de Raad van 10 november 2015 (Publicatieblad van de Europese Unie, L 301/1 van 18 november 2015), heeft richtlijn 2003/48/EG betreffende belastingheffing op inkomsten uit spaargelden in de vorm van rentebetaling ingetrokken met ingang van 1 januari 2016. De aandacht van de marktdeelnemers en van de uitbetalende instanties wordt gevestigd op de verplichtingen die zijn uiteengezet in artikel 1, 2^o van die richtlijn.

De samenwerkingsmaatregelen waarin richtlijn 2003/48/EG voorziet, worden vervangen door de uitvoering van richtlijn 2014/107/EU van de Raad tot wijziging van richtlijn 2011/16/EU wat betreft verplichte automatische uitwisseling van inlichtingen op belastinggebied, die voorziet in de automatische uitwisseling van inlichtingen met betrekking tot financiële rekeningen tussen de lidstaten. Die richtlijn is omgezet in het Belgisch recht door de "wet tot regeling van de mededeling van inlichtingen betreffende financiële rekeningen, door de Belgische financiële instellingen en de FOD Financiën, in het kader van een automatische uitwisseling van inlichtingen op internationaal niveau en voor belastingdoeleinden", die op 10 december 2015 door het Belgisch Parlement werd goedgekeurd.

2. Overgang tussen de toepassing van de akkoorden inzake belastingheffing op inkomsten uit spaargelden die werden gesloten met de afhankelijke of geassocieerde gebieden van het Verenigd Koninkrijk en Nederland en de toepassing van de Belgische wet tot regeling van de mededeling van inlichtingen betreffende financiële rekeningen.